

BASTA

Berichte aus dem Allgemeinen Studierendenausschuss

In dieser Ausgabe

Kompensation der Gebühren	2
Strahlender Müll	12
Kunstraum	14



„Getrennter Müll wird am Ende sowieso wieder zusammengeworfen“ - Stimmt nicht, dies und viele weitere Interessante Fakten im Interview.

Seite 6

Demo

Mittwoch, 10. November
12:00 Uhr - Kaiserplatz

mehr auf Seite 10

Keine Abzocke!

Der RCDS warnt auf kürzlich verteilten Postkarten vor einer angeblichen Abzocke durch „linke AStA-Funktionäre“. Der Gewinn, den der AStA erzielt hat, ist das Erbe eines untätigen rechten AStA unter der Führung des RCDS. Ein aktiver AStA wie der jetzige hingegen kann mit der verantwortungslosen Beitragssenkung nicht arbeiten. So hat beispielsweise das Sozialsreferat seine Beratungszeiten nahezu verdoppelt.

Ferner ist es eine dreiste Lüge des RCDS, dass der AStA den Bildungsstreik personell unterstütze.

Wenn sich der RCDS über die finanzielle Unterstützung für den Bildungsstreik aufregt, so fragt sich manch Studierender verwundert, was denn die ganzen Hochglanzpostkarten gegen den Bildungsstreik, die der rechte AStA unter Führung des RCDS gedruckt hat, gekostet haben. Also, lasst euch nichts vormachen - wir haben zwar keine Hochglanzflugblätter, arbeiten dafür aber transparent.

Anwesenheitspflicht:

Im Juli hatte sich das Studierendenparlament mit großer Mehrheit gegen die bisherige Praxis ausgesprochen, dass in den einzelnen Studiengängen die Anwesenheit der Studierenden in Seminaren wie in Vorlesungen kontrolliert wird. Die Anwesenheitspflicht sei mit den Grundsätzen eines selbstbestimmten Studiums nicht vereinbar. Außerdem sollte gerade in den Vorlesungen, in denen eine wirkliche Mitwirkung der Studierenden ohnehin nicht vorgesehen ist, es den Studierenden freigestellt sein, ob sie die Inhalte durch die Teilnahme an der Vorlesung oder durch Selbststudium aufnehmen wollen. So sollte auch eine zeitliche Flexibilität des Studiums erreicht werden, die hilfreich für berufstätige Studierende und Studierende mit Kindern wäre. Dieses Vorhaben sollte als Rahmenprüfungsordnung für das Bachelor- und Mas-

terstudium umgesetzt werden, der Antrag wurde an die Kommission für Forschung und Lehre überwiesen. Offensichtlich wird dieses Verlangen der Studierenden auf die lange Bank geschoben. Verwunderlich erscheint, dass sich der Rektor Fohrmann zwar gebetsmühlenartig für eine Reform des Bologna Prozesses ausspricht, aber untätig bleibt.

Beschlossen wurde, dass die Anwesenheitspflicht bei einzelnen Veranstaltungen in den Prüfungsordnungen (Modulbeschreibungen) geregelt werden und im Hinblick auf die zu erreichenden Kompetenzen begründet werden soll.

Umfassend die Begründung hierfür: Didaktische Gründe.

Dies ist eine reine Zementierung des Status Quo.

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Ausnahmen von der Studiengebührenpflicht:

Aus Sorge vor sozialen Ausgrenzungen haben die studentischen Senatoren und der AStA sich dafür eingesetzt, dass die Befreiungsmöglichkeiten von den Studiengebühren ausgedehnt werden. Es bestehen bereits die Möglichkeiten, Befreiungen für die Pflege und Erziehung eines Kindes (max. acht Semester pro Kind), bei einer durch Behinderung oder Erkrankung bedingten Verlängerung des Studiums oder als gewählte Vertreter der Studierendenschaft (max. 2 Semester) zu erhalten. Bei einer unbilligen Härte, die zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz des Betroffenen führen könnte, sind ein baldiges Studieren und eine positive Leistungsprognose durch die Lehrbeauftragten

notwendig für die Befreiung. Diese sehr restriktiven Regelungen sollten nun nach dem Wunsch der Studierenden weiter ausgedehnt werden. So sollte auch für den Zeitraum der Schwangerschaft, für die Pflege und Betreuung von Angehörigen und bei von der Prüfungsordnung verursachten Verlängerungen des Studiums eine Befreiung möglich sein. Weiter ausgedehnt werden sollten die Zeiträume, die für die Kinderbetreuung und für gewählte Vertreter der Studierendenschaft gewährt werden. Außerdem hätte eine unbillige Härte als Befreiungstatbestand auch ohne Leistungsprognose und baldigem Studieren ausreichen sollen.

„Das ist in hohem Maße undemokratisch“, so beschreibt AStA-Vorsitzende Magdalena Möhlenkamp die Art, wie mit dem Antrag auf der

Senatssitzung umgegangen wurde.

Stellvertretend für die Gruppe der ProfessorInnen stellte der Dekan der Philosophischen Fakultät Schulz einen Antrag auf Nichtbefassung, der von der Mehrheit der anwesenden Professorinnen und Professoren angenommen wurde. Es durfte also nicht mal über dieses Thema diskutiert werden.

Soziale Probleme werden also auch im kommenden Semester noch viele Interessierte von einem Studium abhalten, und Studierende, wie etwa Schwangere, zu einem Studienabbruch zwingen.

Von Karsten Penon
und Jan Bachmann

Kompensation der Studiengebühren

Die neugewählte Landesregierung will die Studiengebühren endlich abschaffen, der gewünschte Termin hierfür ist das Wintersemester 2011/12. Im kommenden Sommersemester müssen die Studierenden zum letzten Mal dafür zahlen, an den nordrhein-westfälischen Hochschulen studieren zu dürfen.

Nachdem bereits im Saarland und in Hessen die Studiengebühren abgeschafft wurden, bleiben bundesweit nur noch vier Bundesländer übrig, in denen weiterhin für das Studium gezahlt werden muss (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen).

In Nordrhein-Westfalen hatten die Studiengebühren zuletzt zu jährlichen Einnahmen in Höhe von 249 Millionen Euro für die Hochschulen geführt. Dabei hatten fast alle Universitäten den erlaubten Höchstsatz in Höhe von 500 Euro eingefordert, auch die Universität Bonn erhob Gebühren seit dem Wintersemester 2006/07.

Ab dem Wintersemester 2011/12 sollen diese Einnahmen nun wegfallen. Die Landesregierung hat dem Landtag jedoch einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die Einnahmen aus Studiengebühren durch Steuermittel ersetzt werden sollen. Ebenso wie die Studiengebühren selbst sollen auch diese Kompensationszahlungen nicht zu einer Erhöhung der Aufnahmekapazitäten führen, die ansonsten jede Verbesserung der Lehrbedingungen wieder zunichte-

machen würde.

Die Kompensationszahlungen werden jedoch nicht anhand der Höhe der bisher eingenommenen Studiengebühren verteilt – dies würde zu einer Benachteiligung derjenigen Hochschulen führen, die bisher mit Rücksicht auf die Studierenden auf sie ganz oder teilweise verzichtet hatten. Vielmehr ist es so, dass jede Hochschule einen Anteil an der Gesamtsumme gemäß der Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit

erhält. Hiermit will die Landesregierung dem Grundsatz folgen, dass das Geld den Studierenden zu folgen habe, dass also für jeden Studierenden die gleiche finanzielle Förderung vergeben werden soll.

Die Regelung, dass für den Anteil am Geld die Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit und nicht die Anzahl aller Studierenden ausschlaggebend sein soll, hat dabei zu erheblicher



Foto: BertK

Kritik, insbesondere von studentischer Seite geführt. Auch wurde die Sorge geäußert, dass die Kompensationszahlungen nicht hoch genug seien.

In der öffentlichen Debatte über die Studiengebührenkompensation liegen einige Irrtümer vor:

„Die Universitäten müssten 500 Euro mal die Anzahl der Studierenden

erhalten, damit die Gebühren tatsächlich in voller Höhe kompensiert sind“:

Zu keinem Zeitpunkt hat es Einnahmen in dieser Höhe gegeben. Zum einen gab es umfangreiche Befreiungsmöglichkeiten, beispielsweise für Studierende mit Kindern, finanziell besonders schwache Studierende, Studierende im Auslandssemester, Promotionsstudierende oder gewählte Vertreter der Studierendenschaft. Diese Ausnahmeregelungen wurden von jeder Universität einzeln beschlossen und unterschieden sich in starkem Ausmaß voneinander, sodass auch der Anteil der zahlenden Studierenden schwankte. Zum anderen flossen zuletzt 14 Prozent der Studiengebühren in einen Ausfallfonds, der dann zahlte, wenn BAföG-Empfänger mit Gebührendarlehen und BAföG-Darlehen zusammen über 10.000 Euro Schulden hinaus kamen, und dienten damit nicht der Verbesserung der Lehre. An keiner Hochschule konnten somit tatsächlich von jedem Studierenden 500 Euro eingenommen werden. Bei einer gegenwärtigen geschätzten Studierendenzahl von 520.000 werden knapp 480 Euro pro Studierendem kompensiert, in der Gesamtheit entsteht den Hochschulen somit kein Schaden.

„Es wäre gerechter, wenn jede Hochschule gemäß ihrem Anteil an allen Studierenden die Kompensationszahlung erhielte“:

Dieses Argument wird häufig verbunden mit der Angst, dass durch diese Regelung die finanziellen Einnahmen sinken werden, da die Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit geringer ist als die aller Studierenden. Diese Sichtweise verliert jedoch eine bedeutende Tatsache aus den Augen: Studierende außerhalb der Regelstudienzeit gibt es überall. An allen Hochschulen des Landes wird die für die Berechnung maßgebliche Anzahl der Studierenden nach unten korrigiert werden, sodass sich das Geld auf weniger Studierende verteilen wird. Benachteiligt werden somit nur die Hochschulen, die überdurchschnittlich viele Studierende außerhalb der Regelstudienzeit haben, Hochschulen mit unterdurchschnittlich wenigen Langzeitstudierenden werden hingegen davon profitieren. Die Grundüberlegung, die dieser Regelung zugrunde liegt,

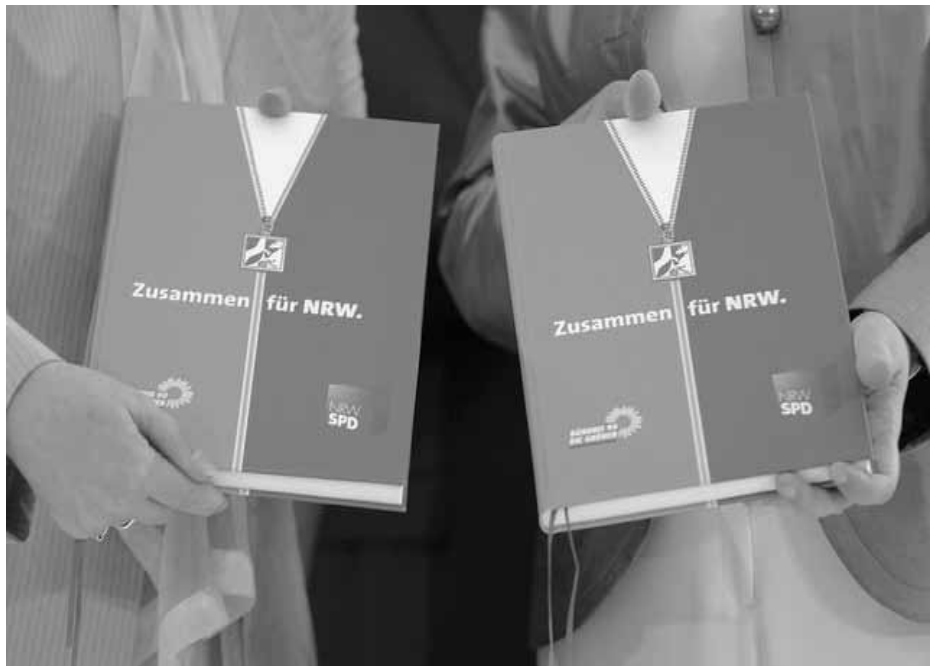


Foto: Grüne NRW

besteht darin, dass den Universitäten kein Anreiz gegeben werden darf, ihre Studierendenzahl künstlich dadurch zu erhöhen, dass die Studierenden möglichst lange studieren. Dies war bisher der Fall: Fiel der Studierende durch die Prüfung und musste er noch ein Semester länger studieren, erhielt die Universität für ein weiteres Semester Studiengebühren. Besonders kritisch war dies beispielsweise bei den Magisterstudiengängen, bei denen die letzte Prüfung regelmäßig am Anfang des folgenden Semesters lag, wegen der daher das gesamte Semester noch bezahlt werden musste. Die Landesregierung hat dies richtig erkannt: Die Hochschulen sollen nicht dafür bezahlt werden, dass sie Menschen möglichst lange ausbilden, sondern lediglich dafür, dass sie möglichst viele Menschen ausbilden.

„Auf die Studierenden wird jetzt starker Druck ausgeübt, in der Regelstudienzeit fertig zu werden.“

Ob dieser Druck ausgeübt werden wird, lässt sich nicht prognostizieren. Es gibt jedoch keinen wirklichen Anreiz für die Hochschulen, einen solchen Druck auszuüben. Zwar gibt es keine Kompensationszahlung für die Studierenden außerhalb der Regelstudienzeit, dies bedeutet aber nicht, dass die Hochschulen wirkliche Vorteile aus einem schnelleren Studienverlauf ziehen könnten. Hierfür dient eine theoretische Überlegung: Wenn an einer Universität alle Studierenden sich beeilen würden, würde es keine Studierenden außerhalb

der Regelstudienzeit geben, allerdings würde die Universität dadurch lediglich kleiner, mehr Geld erhielte sie somit nicht. Jeder Studierende (bei gleicher Regelstudienzeit) verursacht dieselbe Kompensationszahlung unabhängig von der Länge des Studiums. Dabei verursachen Langzeitstudierende theoretisch auch keine höheren Kosten, wenn sie ausschließlich langsamer als gewöhnlich studieren (beispielsweise weil sie aus beruflichen oder privaten Gründen stark zeitlich eingeschränkt sind).

Das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung geht davon aus, dass die Verteilung nach den Studierenden in der Regelstudienzeit zu keinen substantiellen Unterschieden bei der Mittelvergabe führen wird.

Die Universität Bonn, die bisher den Höchstsatz erhob und bei den Befreiungen besonders streng war, rechnet damit, dass sie durch die Kompensation Mindereinnahmen in Höhe von 1,7 Millionen erzielen wird. Die Berücksichtigung der Regelstudienzeit dürfte jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielen. Falls nicht, wäre dies jedoch ein Indikator dafür, dass die Lehre in Bonn bisher nicht effektiv organisiert war.

Karsten Penon

Illegales vom Senat – Die Wahl und ihre Öffentlichkeit

Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG NW) hält nichtöffentliche Wahl der Mitglieder des Hochschulrates durch den Senat für rechtswidrig

Geht es um die Wahl in öffentliche Ämter, wohnt der Demokratie eine natürliche Skepsis gegen das Geheime inne. „Im Dunkeln ist gut munkeln“ weiß schon der Volksmund in der Hoffnung, dass Munkeln im hellen Schein der Öffentlichkeit schwerer falle. Denn: Die Herstellung der Öffentlichkeit verspricht Transparenz und Transparenz erlaubt Kontrolle. So hat – zum Beispiel – jeder Wahlberechtigte das verfassungsmäßig verbürgte Recht, der Auszählung der Stimmen zur Wahl der Mitglieder des Bundestages beizuwohnen. Und wer den Wahlhelfern auch ohne Kontrolle vertraut, der mag sein Recht ausüben, um sich in der Unbestechlichkeit ihrer Helfer der Würde der ganzen Unternehmung zu versichern. Democracy at work. Die integrative Wirkung öffentlicher Wahlen kann man das dann nennen.

Der Hochschulrat und seine Wahl

Wie in der großen so in der kleinen Demokratie der universitären Selbstverwaltung: Die Hochschule besetzt ihre repräsentativen Ämter sämtlich durch Wahlen – angefangen beim Senat der Universität über die Räte der einzelnen Fakultäten bis zur Wahl des stellvertretenden Mitglieds im Satzungs- und Geschäftsordnungsausschuss des Studierendenparlaments. Sogar die Vertretung im Rat der Fachschaft wird gewählt.

Eine herausragende Stellung im bunten Reigen der Gremien und Kommissionen nimmt der Hochschulrat ein. Im Gegensatz zu einigen anderen Vertreterversammlungen dürfen die Mitglieder des Hochschulrates weitreichende Entscheidungen treffen. Sie wählen die Leitung der Hochschule (in Bonn also das Rektorat mit seinem Vorsitzenden, dem Rektor), müssen dafür aber nachher auch dessen Geschäftsführung überwachen. Daneben weist ihm das Gesetz einige Kompetenzen zu, die sich – wie es das Gericht getan hat – am ehesten unter dem Schlagwort „strategische Ausrichtung der Hochschule“ zusammenfassen lassen (z.B. Zustimmung zum Hochschulentwicklungsplan).

Man sollte annehmen, ein Gremium von dieser Bedeutung für die Universität wird ebenfalls – manche ahnen es – durch eine Wahl besetzt. Und das hieße gleichzeitig auch: Unter den wachsamen Augen der Öffentlichkeit (s.o.). Tatsächlich ist die Bildung des Hochschulrates aber gar nicht so einfach. Sie verläuft nämlich mehrstufig:

Zunächst bilden Senat, das Land NRW und der bestehende Hochschulrat eine Auswahlkommission. Die erarbeitet eine Liste der künftigen Hochschulratsmitglieder. Über diese Liste fasst dann der Senat der betreffenden Hochschule

einen zustimmenden oder ablehnenden Beschluss. Passiert die Liste den Senat, bedarf es schließlich noch der Zustimmung durch das Innovationsministerium NRW (dessen schnittiger Name im Übrigen – wie der Hochschulrat – selbst eine Innovation der abgelösten schwarzgelben Landesregierung war).

Wo ist denn die Wahl und ihre Öffentlichkeit, mag nun mancher fragen. Die Erarbeitung einer Besetzungsliste durch eine „Vorschlagskommission“ ist keine Wahl. Sie tagt folgerichtig nicht-öffentlich. Die abschließende Zustimmung durch das Ministerium ist es sicherlich auch nicht. Bleibt die Bestätigung der eingereichten Liste im Senat der Universität. Ist das eine Wahl?

Aber vielleicht kommt es darauf gar nicht an, denn ein Gremium kann selbstverständlich auch öffentlich tagen, wenn es nicht wählt. Der Senat muss es sogar: Das Hochschulgesetz bestimmt, dass seine Sitzungen grundsätzlich öffentlich sind. Also hätte auch die Bestätigung der Mitgliederliste für den Hochschulrat öffentlich sein müssen. Wahl hin oder her. Könnte man meinen. Gewählt wurde der Hochschulrat aber nichtöffentlich, im ganzen Land, auch in Bonn. Die Senatoren waren nicht nur die einzigen, die den neuen Hochschulrat in spe bei seiner Bestätigung befragen konnten: Ebenso exklusiv kamen sie in den Genuss ihrer Antworten. Und: Über den Inhalt durften sie danach nicht einmal berichten: Aus der Nichtöffentlichkeit der Sitzung folgt nämlich grundsätzlich die Pflicht zur Verschwiegenheit.

Die Begründung für den folgenreichen Ausschluss der Öffentlichkeit lieferten die Senate gleich mit: Es handele sich um Personalangelegenheiten. Und über Personalangelegenheiten dürfe man von Rechts wegen nicht-öffentlich beschließen.

Tatsächlich sieht das Gesetz einen zwingenden Ausschluss der Öffentlichkeit vor, wenn es um Personalangelegenheiten geht. Dahinter steht der Gedanke, dass auch Personen, die sich um öffentliche Ämter bewerben, ein berechtigtes Interesse daran haben, dass persönliche Daten – z.B. Arbeitszeugnisse früherer Arbeitgeber – nicht öffentlich bekannt werden. Diesen Schutz verlangt das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Kandidaten.

Für die Studierenden und die interessierte Öffentlichkeit der Hochschule bleibt die Folge fragwürdig: Gerade das Organ mit den größten Kompetenzen sollte hinter verschlossenen Türen besetzt werden – und das mit Recht?

Die Entscheidung des OVG NW

Das OVG NW hat nun dazu Stellung genommen: Der Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Entscheidung über die Kandidaten des Hochschulrates ist rechtswidrig.

Zwar hatte auch das OVG NW gewisse Schwierigkeiten im mehrstufigen Entscheidungsprozess auf der zweiten Stufe – der Bestätigung durch den Senat – eine Wahl („nach herkömmlichem Begriffsverständnis“) auszumachen. Aber: Die Entscheidung im Senat stehe einer öffentlich durchzuführenden Wahl jedenfalls näher als einer nichtöffentlichen Personalentscheidung.

Und die Begründung ist im Kern kurz – und einleuchtend: Die herausragende Stellung des Hochschulrates im „Verfassungsleben der Universität“ müsse sich auch im Verfahren zur Besetzung niederschlagen. Bestätigt der Senat die Liste seiner künftigen Mitglieder, sei das ein „bedeutender Akt“ und erfordere damit die „Öffentlichkeit einer Wahl“.

Und was die Persönlichkeitsrechte der Kandidaten angeht, sei gerade durch die Mehrstufigkeit – man erinnere sich an die Auswahlkommission, der auch Senatoren angehören (s.o.) – gewährleistet, dass Fragen nach persönlichen Details auf der zweiten Stufe regelmäßig keine Rolle mehr spielten.

Die Folgen des Urteils

Welche Folgen hat das Urteil? Das ist nicht leicht zu sagen. Geklagt hatte ein Student der Universität Münster, und zwar auf Feststellung: Der Ausschluss der Öffentlichkeit durch den Senat bei der „Wahl“ des Hochschulrates war rechtswidrig.

Das Problem: Nicht jede Maßnahme der öffentlichen Gewalt, die gegen das Recht verstößt, kann auch von jedem vor ein Gericht gebracht werden: Das Gesetz verlangt eine Betroffenheit in eigenen Rechten, die sog. Klagebefugnis. So ein Recht gestand das Gericht dem Studenten aber nicht zu: Die Einhaltung der Sitzungsöffentlichkeit könne nur von den Mitgliedern des jeweiligen Gremiums verlangt werden. Und das auch nur, wenn sie den rechtswidrigen Ausschluss der Öffentlichkeit schon in der betreffenden Sitzung gerügt haben. Die Klage war damit unzulässig.

Warum kam es trotzdem zu den Ausführungen des Gerichts zur Sitzungsöffentlichkeit? Das OVG NW hielt die aufgeworfene Frage für so bedeutend, dass es Stellung bezog, obwohl es für den konkreten Fall ohne Bedeutung war (die Klage war ja bereits unzulässig). Der Jurist nennt das „obiter dictum“, also eine Äußerung „bei Gelegenheit“, gleichsam „nebenbei“.

Das bedeutet nun zweierlei:

Zum einen lässt das OVG NW durchblicken, wie es die Rechtslage einschätzt. Das ist sowohl für

weitere Klagen (von Senatoren, von denen bereits eine anhängig ist) als auch für die Rechtsaufsicht des Landes von Bedeutung: Sie hat ein differenziertes Instrumentarium, um gegen rechtswidrige Maßnahmen der Hochschulen vorzugehen.

Zum anderen aber – und das ist die Kehrseite – können sich die Universitäten auf den Standpunkt zurückziehen, dass bisher kein Urteil

eines Gerichts bestehe, dass den Ausschluss der Öffentlichkeit für rechtswidrig erklärt habe. So bereits entsprechende Äußerungen der Universität Münster. Auch die Universität Bonn möchte in Person ihres Rektors Fohrmann die Stellungnahme der Rechtsaufsicht abwarten, bevor die aus dem Urteil des OVG NW mögliche Konsequenzen – wie die Neuwahl

des Hochschulrats – zieht.

Aus studentischer Perspektive reiht sich die nichtöffentliche Bestellung des Hochschulrats in die Kritik ein, die der Institution seit seiner Installation vor 2 Jahren entgegenschallt: Er bildet einen Fremdkörper an der demokratisch-selbstverwalteten Universität.

Peer Seucz

Umweltmentoren

Umweltmentoren sollen die Mitbewohner der Wohnheime für ein umweltbewusstes Verhaltenssensibilisieren, indem sie Infoveranstaltungen organisieren und bei Hausbegehungen über die Mülltrennung, Abfallvermeidung und Energiesparmaßnahmen aufklären. Die Umweltmentoren nehmen zweimal im Semester an der Umweltmentorenkonferenz teil. Dafür erhalten sie eine Wohnzeitverlängerung bis zu 5 Semester.

Umweltquiz und Infos zum Aushängen in den Wohnheimen findet ihr unter: www.sv.stw-bonn.de/umwelt/infomaterial.php



Umweltmentorenkonferenz

Als Umweltmentor in einem der über 30 Wohnheime des Studentenwerks Bonn hat man es oft nicht leicht. Ökologisch motivierter Anspruch und die Wirklichkeit in den einzelnen Studiwohnheimen prallen oft ungeschminkt aufeinander.

Am 2. November trafen sich abends etwa 45 Umweltmentoren im Asia-Zimmer der Mensa Nassestraße, um sich auszutauschen. Unter der Leitung von Robert Lüdemann, dem bisherigen Koordinator der Umweltmentorenkonferenz wurde zunächst sein Nachfolger aus der Gruppe der Umweltmentoren gewählt.

Anschließend berichteten die Anwesenden von den aktuellen Problemen in den Wohnheimen vor Ort, über laufende Heizungen bei geöffneten Fenstern, undichte Kühlschränke und tropfende Wasserhähne. Hauptproblem sei die Sensibilisierung der Bewohner für eine korrekte Mülltrennung in blaue und gelbe Tonne. Oft trafen die Umweltmentoren aber auch auf verschmutzte Küchen, Sperrmüllansammlungen auf den Balkonen und defekte Elektrogeräte in den Fluren. Auch so mancher Anwohner schaut wohl gerne mal bei

den Studiwohnheimen vorbei und hinterlässt seinen Müll in deren Tonnen. Insgesamt wirkten die Teilnehmer aber sehr motiviert, ihr Anliegen auch im neuen Semester tatkräftig zu vertreten.



Frisch gebackener Koordinator der Umweltmentorenkonferenz ist Ruben Engbarth, 27 Jahre aus dem Ulrich-Haberland Haus. Die BAStA gratuliert herzlich zur Wahl!

Fragen an Ruben Engbarth unter: umweltmentorenkoordinator@stw-bonn.de

Bei der Verwirklichung eigener Ideen und Tipps für Veranstaltungen in Wohnheimen hilft euch gerne auch das AStA-Ökoreferat! E-Mail: oeko@asta.uni-bonn.de

Gesucht: Sportreferent/in

Das autonome Sportreferat im AStA sucht einen neuen Sportreferenten zum 01.12.2010. Die Aufgaben als Referent umfassen im Generellen die Verwaltung der studentischen Sportgelder. Im Näheren heißt das: Organisation von Sportkursen, Abschluss von Verträgen mit Übungsleitern und deren Kontrolle, Planung des Semestersportprogramms, Wettkampforganisation und Unterstützung sowie allgemeine Sportberatung. Bei der Durchführung dieser Aufgaben stehen große Freiräume für neue Ideen und Konzepte zur Verfügung. Eine Aufwandsentschädigung wird gezahlt. Bei offenen Fragen ruft an oder kommt vorbei (0228/737045, sport@asta.uni-bonn.de). Wir weisen darauf hin, dass die aktuelle Sportreferentin für ein weiteres Jahr antreten wird. Das Sportreferat besteht aus zwei gleichberechtigten Sportreferenten und wird vom zuständigen Sportgremium, der Obleuteversammlung des Sports, kontrolliert. Der neue Sportreferent wird zunächst für 1 Jahr gewählt. Deine Bewerbung ist bis zum Montag, den 08.11.2010 zu richten an:

Obleuteversammlung des Sports c/o. AStA-Sportreferat Nassestraße 11 53113 Bonn

Abfall ist ein Milliardengeschäft - Wohin mit dem Müll?

Alle reden vom Klimawandel und Recycling, aber was kann man selbst dafür tun? Wir haben nachgefragt bei der Frau die es wissen muss. Antje Vödisch ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit in der Abfallberatung im Amt für Stadtreinigung und Abfallwirtschaft Bonn. Sie ist in einem umweltbewussten Elternhaus aufgewachsen und hat Biologie studiert. Seit 1987 arbeitet sie im Umweltbereich, zunächst in einem großen Umweltverband in Hamburg, dann in Düsseldorf und jetzt in der Bonner Abfallberatung.



Bei dem Wort „Abfall“ haben die meisten Menschen keine positiven Assoziationen, was fällt Ihnen spontan dazu ein?

Jede Menge! Abfall ist das, womit keiner was zu tun haben möchte, aber was jeder jeden Tag hinterlässt. Mit der Müllabfuhr verschwindet der Müll aus unseren Augen und die meisten Menschen interessieren sich dann auch nicht mehr dafür. Der zweite Aspekt ist: Abfall ist ein Milliardengeschäft, das ist also nicht so abfällig zu betrachten wie der Name sagt, sondern eigentlich ist es eine Goldgrube.

Abfall macht also Arbeit und ist Profit. Wozu dann eigentlich eine Abfallberatung, was soll man denn beim Wegschmeißen schon falsch machen können?

Im Prinzip wissen die Leute auch, wo welcher Müll hingehört. Deutschland ist im EU Vergleich ja auch ein ziemlich umweltbewusstes Land. Eine Studie besagt, dass das Umweltbewusstsein in den letzten 10 Jahren gestiegen ist, die umweltbewussten Handlungen aber leider stark rückläufig sind.

Sind wir in Deutschland wirklich Vorreiter oder einfach nur kompliziert?

Nein, wir sind wirklich Vorreiter in Europa! Ich hatte letztes Jahr ein französisches Fernsehteam hier, die waren so fasziniert davon, wie wir Abfall sammeln. Eigentlich nichts besonderes, aber im Vergleich mit Frankreich ist es dort wohl wirklich katastrophal, reinstes Mittelalter! Das können sich die Menschen hier gar nicht mehr vorstellen. Dass zum Beispiel gebrauchte Batterien in den Läden gesetzlich zurückgenommen werden müssen, gibt es nur in Deutschland. Auch im Elektronikschrottgesetz sind wir Vorreiter, was die Vermeidung von Wertstoffen im Hausmüll

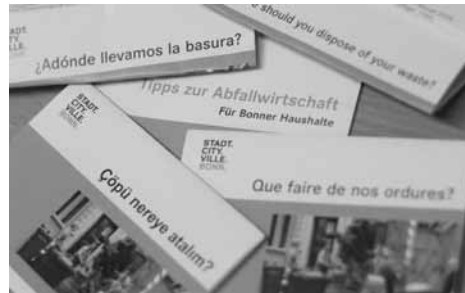
angeht.

Bei Diskussionen über Mülltrennung begegnet man häufig folgendem Argument: Grüne Tonne, Blaue Tonne, Gelbe Tonne... ganz egal, am Ende wird sowieso wieder alles zusammen verbrannt. Stimmt das?

Also es wird natürlich nicht wieder alles zusammen verbrannt! Wertstoffhandel ist ein Milliardengeschäft und wer mit Wertstoffen handelt, setzt natürlich alles daran, wieder an Wertstoffe heran zu kommen. Es hat sogar vor zwei Jahren eine richtige Papierpiraterie in Deutschland gegeben, da war der Weltmarkt-Preis sehr hoch und private Firmen haben überall blaue Papiertonnen aufgestellt, um den Kommunen die Wertstoffe abzugreifen und sie selbst zu vermarkten.

Wird der Abfall in der Tonne vor dem Verbrennen nochmals sortiert?

Nein, das wird er nicht, alles, was in der Restmülltonne landet, kommt direkt in die Müllverbrennung und wird nicht nochmals sortiert. Es liegt also am Verbraucher, dort in Vorleistung zu gehen.



Ist dies nicht bloß eine Arbeitsteilung in Richtung des Verbrauchers, er soll selbstverantwortlich den Müll trennen, darf sich dann aber nicht beschweren, wenn dies nicht passiert?

Es ist für die 70 000 Haushalte in Bonn eine ganz praktische Möglichkeit Geld zu sparen. Wer eine kostenlose gelbe oder blaue Wertstofftonne besitzt, kann das Restmüllvolumen reduzieren. Schließlich werden nur für Restmüll Gebühren erhoben und alles direkt vor der Haustüre abgefahren. Die gelbe Tonne ist ein bundesweites System zur Erfassung von Leichtverpackungen und wird von Privatfirmen durchgeführt.

Die Stadt Bonn hat einen Vertrag mit der Müllverwertungsanlage und ist dort selbst Kunde, hat also eigentlich keine Alternative. Sind Sie nicht abhängig von den Konditionen der Privatwirtschaft oder können Sie Vorgaben machen?

Ja natürlich ist man davon abhängig, allerdings ist die Stadt Bonn selbst auch Gesellschafter der Stadtwerke. Wir haben aber keinen Einfluss auf die Preisgestaltung. Die

Müllverwertungsanlage ist so hoch dimensioniert, dass sie ausgelastet sein muss, sodass wir auf jeden Fall immer die Möglichkeit haben, den Müll dort loszuwerden. Dort wird ja auch der Müll aus dem ganzen Umkreis verbrannt.

Deutschland kauft Müll aus dem Ausland, um seine Anlagen richtig auszulasten. Macht das Sinn?

Als Privatmensch würde ich sagen, nein, das ist nicht sinnvoll, da es mit erheblichen Transporten verbunden ist. Hier ist ja auch Müll aus Neapel verbrannt worden. Das ist (vom Transport her) eigentlich überhaupt nicht zu verantworten.

Im Sinne der Abfallvermeidung und der Müllreduktion widerspricht es doch eigentlich dem Gebot, die Anlage auszulasten?

Ja, das ist Politik. Das eine ist Umweltschutz und das andere ist Kommunal-Politik. In Bonn ist es ja auch eine politische Entscheidung, dass Elektrogeräte wie Kühlschränke kostenlos von Zuhause abgeholt werden können. Natürlich muss man sich auch fragen, was für eine Qualität an Wertstoffen man möchte, um diese zu verwerten.

Den ganzen Tag über Abfall zu sprechen, mal ehrlich Frau Vödisch, macht Ihnen Ihre Arbeit Spaß?

Das ist unterschiedlich. (lacht) Was mir keinen Spaß macht ist, wenn man unheimlich viele Möglichkeiten anbietet und die Leute sich immer nur beschweren. Abfall ist ja negativ belegt und die meisten Anfragen sind Beschwerden. Ich war selbst schon immer in der Umweltbewegung aktiv und würde mal sagen, da bin ich ein hoffungsloser Idealist. Was aber zählt, ist was im Alltag passiert. Ich sitze hier an einer Stelle, wo ich Motor und Vorbild sein kann, um bestimmte Dinge in Bewegung zu setzen. Das ist eine Riesenchance dies zu tun und deshalb mache ich das immer noch gerne.

Sie glauben also, dass man Menschen wirklich dazu motivieren kann, Müll zu vermeiden?

Ja, das kann man schon. Deswegen mache ich viel Multiplikatorenarbeit und Fortbildungen für Lehrer und Erzieherinnen. Wenn ich die von meinen Ideen begeistern kann mit Spaß, Aktion und Humor, weiß ich, dass diese Leute hunderte Menschen damit anstecken werden.

Kann man Menschen zum Recycling erziehen?

Ja und vor allem zur Abfallvermeidung. Am Anfang waren die Menschen ja auch davon überzeugt, dass es gut ist, Abfall zu vermeiden. Dann kamen die gelben Tonnen ins Spiel und plötzlich

das Gefühl, man handelt umweltfreundlich, weil man seine Verpackungen separat einsammelt. Jetzt konnte man wieder mit gutem Gewissen viel Müll produzieren. Das hat die Verpackungsindustrie clever eingefädelt. Nun sind aber drei Tonnen voll und früher war es nur eine einzige, die voll war. Natürlich ist es grundsätzlich sinnvoll, Wertstoffe für's Recycling getrennt zu sammeln. Aber nur dann, wenn der Gedanke der Abfallvermeidung auch erhalten bleibt. Es gibt so viele Möglichkeiten weniger Abfall im Alltag zu produzieren, die aus Bequemlichkeit ungenutzt bleiben.



Das ist also ein zweischneidiges Schwert? Ich kann als Verbraucher ja nur die Verpackungen kaufen, welche mir angeboten werden.

Ja, der Trend geht zu Miniverpackungen, da es immer mehr 1-2 Personen Haushalte gibt. Auch durch Fast-Food fällt viel mehr Müll an, bestes Beispiel ist die Systemgastronomie. Es gibt viel mehr vorverpackte Lebensmittelgerichte aus Aluminium und Kunststoff, da die Mikrowelle „In“ geworden ist. „Coffee to go“ und die Angewohnheit, alles überall erreichbar haben zu wollen, tun ihr übriges.

Der Durchlauf an Verpackungen in dem System ist also höher, aber die davon recycelte Quote ja dann auch? Bleibt der Gewinn denn alleine bei den Privaten hängen?

Ja! Wir müssen das machen, was keiner machen will. Und die Privatfirmen picken sich die Rosinen aus dem Kuchen, so sieht das aus.

Die Profiteure von einer besseren Mülltrennung sind also nicht unbedingt die Kunden, sondern zunächst der Gewinn der Privatfirmen, es wäre also besser, Abfall gleich von Beginn an zu vermeiden?

Ja, ganz genau. Wir haben es selbst in der Hand, wie viel Müll wir produzieren und ob wir einen Beitrag zum Ressourcen- und damit Klimaschutz leisten.

Sehen Sie einen Bewusstseinswandel von der Wegwerfgesellschaft zur Recyclinggesellschaft?

Also eher zur Abfallvermeidungsgesellschaft als zur Recyclinggesellschaft, vor allem beim Papierverbrauch gibt es enorme Einsparpotenziale, das liegt daran, dass man mal eben etwas ausdruckt, was man im Internet gesehen hat und sehr viele Probeausdrucke anfertigt ohne darüber nachzudenken. Das hat den Papierverbrauch fast verdoppelt, obwohl wir vieles per E-Mail erledigen.

Ich erinnere mich noch an die tiefgrauen kratzenden Ökorollen, raten Sie immer noch zum Kauf von Recyclingpapier?

(lacht) Ja, immer mehr, denn damit unterstützt man den Klimaschutz. Der Papierverbrauch ist extrem angestiegen auf 250 kg pro Person im Jahr, damit besetzen wir bedenkenlos Platz vier im internationalen Vergleich der Papierverschwender. Ausserdem lässt sich die Qualität von Recyclingpapier kaum mehr von dem konventionell weißen Papier unterscheiden. Das einzige ernstzunehmende zertifizierte Zeichen für umweltfreundliches Papier ist der blaue Umweltengel. Alle anderen Zeichen wie „Aqua Pro Natura“ oder „Weltpark Tropenwald“ sind eher Fantasiezeichen, die überhaupt nicht begründet sind.

Übrigens: Die Stadt Bonn hat dieses Jahr den Preis für die „Recyclingpapierfreundlichste Stadt Deutschlands“ bekommen, weil die Stadtverwaltung und die Schulen zu 100% Recyclingpapier verwenden. Wenn die rückständige Verwaltung das kann, können das die Bürger doch erst recht (lacht).



Bier kaufen für den Regenwald, Schoki für bessere Arbeitsbedingungen, glauben Sie, die Kommerzialisierung hilft bei der Sensibilisierung für das Thema Abfallvermeidung und Recycling?

Ja, das glaube ich schon. Allerdings sollte man immer darauf achten, dass es ein ernst zunehmendes Zertifikat gibt, wie den blauen Engel oder FairTrade, damit man sicher gehen kann, dass das Produkt auch wirklich umweltfreundlich ist oder das Geld auch wirklich den Menschen vor Ort zugute kommt. Da gibt es auch viele Fantasiebezeichnungen und alle möglichen Logos, die uns in die Irre führen.

Wenn man ausländischen Studierenden in Wohnheimen zum ersten Mal das System der deutschen Abfalltrennung erklärt, schütteln die meisten nur den Kopf.

Wenn diese Studierenden z.B. später in leitenden Positionen sind, können sie das in Deutschland Gelernte auch in ihren Heimatländern umsetzen. Es kommen übrigens sehr viele ausländische Gruppen hier nach Bonn, vor allem aus Japan und Russland und interessieren sich für die Umweltbildung und wie man Projekte in ihren Ländern umsetzen könnte. Das finde ich ganz toll und kann Wegbereiter sein für das, was auch bei uns ganz gut funktioniert.

Sie haben ein Projekt zur Ausbildung von Umweltmentoren in Studierendenwohn-

heimen angestoßen? Können Sie das näher erläutern?

Das ist bereits 15 Jahre her, da hatte ich die Idee zu diesem Projekt der Umweltmentoren. Durch eine effiziente Mülltrennung hat das Studentenwerk Bonn ein unheimlich großes Einsparpotential an Restmüllgebühren und kann damit praktisch Geld sparen. Dafür erhalten diese Studierenden in den 31 Wohnheimen vor Ort ja auch eine Wohnzeitverlängerung für ihr Engagement. Manchmal ist man aber schon frustriert, wie gering das allgemeine Umweltbewusstsein bei Studierenden ist. Das hat auch nichts mit bildungsfernen- oder nahen Schichten zu tun. Ohne Anreize funktioniert das eben nicht.

Was sind denn Ihre Ziele für die Zukunft? Oder muss man eher bekannte Dinge immer wieder neu ins Bewusstsein rufen?

Eigentlich muss man bekannte Dinge immer wieder auf unterschiedliche Art und Weise neu ins Bewusstsein rufen. Wenn man schaut, was bis heute von diesen lange schon definierten Zielen umgesetzt ist, ist das schon ernüchternd, wie weit Bewusstsein und Handeln immer noch auseinander liegen.

Wie hängt Abfallvermeidung eigentlich mit dem Klimawandel zusammen?

Das hängt alles miteinander zusammen, auch die Entsorgung der Getränkedosen war eigentlich nie das große Problem. Das Problem war eher die Verschmutzung öffentlicher Flächen durch das „Littering“ und das Herstellungsverfahren, weil dadurch dermaßen viel Energie und Rohstoffe verbraucht werden, ganz zu schweigen von dem Landschaftsverbrauch. Wenn keine Getränkedosen mehr hergestellt würden, wäre das eher eine Problemlösung. Mit der Entsorgung hat dies dann gar nichts mehr zu tun. Plastik ist bei der Entsorgung grundsätzlich auch kein Problem, aber bei der Herstellung. Zu dieser Problematik empfehle ich den Studierenden übrigens den Kinodokumentarfilm „Plastik Planet“ von Werner Boote, um zu erfahren, welche Ausbreitung Plastik schon hat.

*Wir danken Ihnen für das Gespräch!
Das Interview führte Heraldo Hettich*

Auf dem Online-Portal des Amts für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung findet ihr kostenlos alle Abfuhrtermine, mehrsprachige Faltblätter und Broschüren sowie den Tausch- und Verschenkmart. Infotelefon 0228-772588, E-Mail: abfallberatung@bonn.de

Strahlender Müll für die Ewigkeit

Auf der ganzen Welt wird seit fast 50 Jahren in hohem Maße auf eine Technologie gesetzt, bei der es auf ein Funktionieren aller Parameter zu jeder Zeit ankommt, weil jedes Versagen katastrophale Ausmaße annehmen kann. Und all dies geschieht im vollen Bewusstsein dessen, dass es für die letztliche Entsorgung des dabei anfallenden todbringenden Mülls auf der ganzen Erde keine sichere Möglichkeit gibt. Natürlich wurde und wird intensiv geforscht, auch in Deutschland. Die radioaktiven Substanzen sollten dabei im Idealfall tief unter der Erde so versteckt werden, dass auch über einen Zeitraum von abertausend Jahren kein Kontakt zur Biosphäre möglich ist: D. h. Grundwasser darf unter keinen Umständen kontaminiert werden und evtl. entstehende gasförmige Zerfallsprodukte dürfen die Erdoberfläche nicht erreichen. Sehr schnell kommt man in Deutschland dahin überein, dass alte Bergwerksanlagen in Salzstöcken besonders geeignet sein könnten. Steinsalz weist als „Wirtsgestein“ (ein schöner Name angesichts des geplanten „Gastes“) viele der Eigenschaften auf, die nötig sind, um wärmeentwickelnden radioaktiven Substanzen auf lange Zeit standhalten zu können. Nach jahrzehntelangem Herumexperimentieren in ausgewählten Salzstöcken kommt das BMWi im Jahr 2004 zu dem Befund, dass „der erforderliche Kenntnisstand für die Errichtung eines Endlagers in Steinsalz durch die in den vergangenen 40 Jahren in Deutschland geleistete Forschungstätigkeit weitgehend erarbeitet ist.“

Gucken wir mal nach, wie und mit welchen Ergebnissen an den zwei Hauptschauplätzen für deutsche Endlagerszenarien geforscht wurde (und weiter wird): in Gorleben und Asse II,

beides ausgediente Salzbergwerke.

„1977 wurde der Salzstock Gorleben als potenzieller Standort für ein Endlager vorgesehen – ohne eine einzige unterirdische Untersuchung. Ausschlaggebend für diese Wahl war unter anderem die damalige Grenznähe und die geringe Bevölkerungsdichte. Bereits bei den ersten Bohrungen 1981 stellten Wissenschaftler fest, dass sich über dem Gorlebener Salzstock keine durchgehende Tonschicht befindet, die als Barriere zwischen Salzstock und Grundwasser fungieren kann.“ (Greenpeace). Interessant: Schon vor aller Forschung wissen die Verantwortlichen bei der Auswahl ganz genau, wie gefährlich eine „sichere“ Einlagerung ist. Zur Zeit kursieren Gerüchte, dass die damalige Kohl-Regierung versucht hat, die wissenschaftliche Erkundung des Salzstocks so zu beeinflussen, dass mit entsprechenden Gutachten grünes Licht für eine Nutzung gegeben werden könnte: Für positive Befunde spricht das nicht unbedingt.

Der andere Hauptschauplatz, Asse II, macht in den letzten Jahren ebenfalls unliebsam auf sich aufmerksam. Bereits 1979 gibt es ein Gutachten, das schlüssig darlegt, dass die Atommülldeponie vom Ersaufen bedroht ist. In diesem Gutachten wird vorausgesagt, an welchen Stellen Salzlauge einbrechen wird. Seit 1988 treten 12.000 Liter Salzlösung pro Tag in das Bergwerk ein. Dieser Zufluss ist nicht zu stoppen. Dummerweise löst sich Steinsalz bei Wassereintritt, so dass das ganze Grubengebäude instabil wird und einzustürzen droht. Von einem hermetischen Abschluss zur Biosphäre kann also nicht mehr die Rede sein. Seit 1995 wird nun versucht, das Bergwerk mit Rückstandssalz aufzufüllen. Seit Anfang 2009 hat der Betreiber des Bergwerks gewechselt. Der



Foto: Ulrich Stark

Bund für Strahlenschutz ist nun zuständig, die Grube unterliegt erst jetzt nicht mehr nur dem Bergrecht, sondern dem Atomrecht und damit strengeren Auflagen. Was mit dem Müll in der absaufenden Grube passieren soll, ist deshalb noch längst nicht geklärt! Rausholen jedenfalls ist gefährlich, teuer und wirft wieder die Eingangsfrage auf: Wohin mit dem Müll? Übrigens ist das Forschungsvorhaben Asse zu keiner Zeit (wie bisweilen berichtet wird) „sich selbst überlassen“ worden und deswegen schief gelaufen. Der Bund war ständig bemüht, es zum Erfolg zu bringen. Die Tauglichkeit von Salzstöcken sollte unbedingt bewiesen werden. Allein die Natur hat hier einen Strich durch die Rechnung gemacht. Unverschämterweise verweigert sie den Dienst, jede Scheiße in ihr sicher verbuddeln zu können.

Wenn das Bundesministerium für Wirtschaft und Technik in Kenntnis all dieser Fakten zu dem Beschluss kommt, die Grundlagen für die Errichtung eines Endlagers im Salzbergwerk seien so gut wie „erarbeitet“, dann offenbart das eine interessante Auffassung der Dinge. Was immer in den Zwischen- und Endgutachten der experimentierfreudigen Forscher stehen mag: Mit ein wenig Kreativität bei der Interpretation kriegt die Politik es hin, ihren feststehenden Willen zur Lösung des Atommüllproblems als wissenschaftlich abgesegnet durchzuwinken. Die Rücksichtslosigkeit des demokratischen Staats gegenüber Land und Leuten ist nicht zu übersehen: Nicht nur werden jede Menge Menschen beim Transport und



der Verstauung und Betreuung des eingelagerten Atommülls Emissionsrisiken ausgesetzt; auch die Verseuchung des Grundwassers wird über kurz oder lang Realität sein, also sehenden Auges in Kauf genommen. Und künftigen Generationen wird das Fertigwerden mit dem strahlenden Erbe zugemutet, ob sie mit Atomkraftnutzung noch was am Hut haben oder nicht. Frei nach dem Motto: Nach uns die Sintflut!

Warum das Ganze? Diese Rücksichtslosigkeit ist kein Versehen, sondern konsequent exekutiertes Programm. Alleine schon die irrsinnige Entsorgungssproblematik ist normalerweise ein k.o.-Kriterium für eine Energieversorgung mit Atomstrom. Aber was ist im staatlich behüteten

Kapitalismus schon normal? Wenn schon ansonsten in der Marktwirtschaft Mensch und Natur dem Diktat des Geldverdienens untergeordnet werden, koste es sie, was es wolle, dann ist das natürlich auch und sogar erst recht bei der Energieversorgung der Fall. Ein Staat wie Deutschland (oder Frankreich, Russland, China, GB, USA ...ganz egal), dem es um möglichst viel Wachstum seiner Wirtschaft in Konkurrenz zu anderen Nationen geht, muss in der Konsequenz eine reibungslose und möglichst billige Bereitstellung jeder Menge Energie zu seiner Sache machen. Die Risiken für Mensch und Natur werden

von vornherein als bloßer Nebenaspekt gewürdigt, den man in den Griff bekommen will – wenn es eben geht. Dass die brisanten „Nebenwirkungen“ die Agenten dieser Politik nicht großartig bzw. nur unter sehr aparten Gesichtspunkten interessieren, haben sie einer ganzen Anti-Atomkraft-Bewegung mit Polizeiknüpeln beigebracht – und auch einer ganzen Friedensbewegung, die gegen den anderen unschönen Nutzen gespaltenen Atome ihre Argumente weiß.

Gruppe kritischer Studenten

In Bonn studierte auch:

Ingrid Noll. Deutschlands wohl bekannteste Krimiautorin wurde 1935 in Schanghai geboren, musste 1949 aber mit ihrer Familie aus China flüchten und zog nach Deutschland. Sie brach ihr Studium der Germanistik und der Kunstgeschichte an der Uni Bonn ab, um zu heiraten und eine Familie zu gründen. Zum berufsmäßigen Schreiben kam sie daher erst mit Mitte fünfzig: „Früher hatte ich einfach keine Zeit für so einen Luxus. Ich habe drei Kinder aufgezogen und in der Arztpraxis meines Mannes mitgearbeitet. Aber das Schreiben ist tatsächlich schon immer mein geheimer Wunsch gewesen – von Kindheit an.“ Ihr Debüt-Roman wurde 1991 gleich ein großer Erfolg und damit der Beginn einer bis heute andauernden Schriftstellerinnen-Karriere.

Es sind meistens Protagonistinnen aller Generationen, die sich in ihren Romanen und Kurzgeschichten mordend lästiger und langweiliger Störenfriede entledigen und auch über Leichen gehen, um an ihr Ziel oder den Mann ihrer Träume zu gelangen oder Familienangelegenheiten zu klären. So sind die Täterinnen etwa Hausfrauen in den besten Jahren auf der Suche nach Liebesglück („Der Hahn ist tot“) oder dem Wunsch, aus ihrem grauen Alltag auszubrechen („Falsche Zungen“,

„Röslin rot“), oder eine alte Dame, die zur Vergangsbewältigung aus dem Nähkästchen plaudert („Kalt ist der Abendhauch“). Aber auch auf ihre Weise eine Erbschaft regelnde männliche Verwandte kommen zum Zug („Rabenbrüder“, „Ehrenwort“) und bringen mit Affären die Familienplanung durcheinander („Kuckuckskind“). Nolls Fans schätzen ihren mit schwarzem Humor versetzten ironischen und lakonischen Stil und die überraschenden Wendungen und Auflösungen der Handlungen.

Sie wehrt sich aber dagegen, eine „Frauenkrimi“-Autorin zu sein, denn sie schreibt in erster Linie für sich selbst und meint: „Frauen sind nicht die bessere Hälfte der Gesellschaft, sie sind nur auf andere Art gemein.“ Sie überlegt für ein Projekt zuerst, über welche Figuren mit welchen Motiven sie schreiben will, „und dann hetze ich sie alle aufeinander“. Der Plot entsteht daraufhin sozusagen nebenbei und muss

grundsätzlich in der für sie gewohnten Umgebung und in der Gegenwart spielen. Mit Erotik und der Darstellung von Essen, Trinken macht Noll die Charaktere lebendig und glaubhaft, und nicht zuletzt ist der unfreiwillige Verzicht auf Sex für sie durchaus ein Mordmotiv. Aber selbst wenn sie gesteht, die Grausamkeiten genüsslich getreu dem spanischen Sprichwort „Die Zunge ist ein Dolch aus Fleisch“ dann literarisch auszuleben, leidet sie durchaus mit den Opfern mit – aber „Mord muss sein“.

Ihre zahlreichen Werke sind mittlerweile in über zwanzig Sprachen übersetzt worden, und es gibt einige Verfilmungen. Sie hat bislang zwei Auszeichnungen von der „Autorengruppe deutschsprachige Kriminalliteratur – Das Syndikat“ und die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg erhalten.

Michael Topp



Ingrid Noll
*Kalt ist
der Abend-
hauch*

Roman · Diogenes

Impressum

Redaktion:

Anne Gerdorf,
Heraldo Hettich, Hendrick Walter,
Marius Rätz, Jan Bachmann, Karsten
Penon, Katja Kemnitz, Michael Topp, Sabrina
Hambloch, Markus Hambloch

V.i.S.d.P.: Magdalena Möhlenkamp
Kontakt: basta@uni-bonn.de
AStA der Universität Bonn

Druck:

Brückner Offsetdruck, Bonn
Auflage: 2.500

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Di, 16.11.2010, 18 Uhr

AStA
allgemeiner StudentInnenausschuss

Nassestr. 11, 53113 Bonn
www.asta.uni-bonn.de

Setzt Gebühren und Leistungsdruck ein Ende!

Bildungsprotest am 10. November

Als Studenten müssen wir auf dem Weg zu unserem Abschluss viele Hürden nehmen und diese haben sich seit der Einführung des Ba/Ma-Systems deutlich gemehrt.

Die Note jeder einzelnen Klausur – und das können leicht sieben oder acht Klausuren pro Semester sein – zählt mittlerweile für unsere Abschlussnote. Und diese muss schließlich gut sein, wenn nicht sogar sehr gut, falls wir die Chance auf einen der oft knappen Masterplätze oder einen Job haben wollen. Das Studium ist schwierig mit so vielen Prüfungen im Nacken, vor allem wenn wir in hoffnungslos überfüllten Bibliotheken, Hörsälen und Seminaren lernen müssen. Oft stehen nicht einmal ausreichend Seminarplätze zur Verfügung. Immer mehr Studenten müssen nebenher jobben gehen oder unbezahlte Praktika absolvieren. Nach Angaben des Studentenwerks ist mittlerweile jede sechste Studentin in Deutschland in psychologischer Behandlung. Ein nettes Bildungssystem!

Gerade die von uns, die Kinder haben oder gezwungen sind zu arbeiten, um das Studium finanzieren zu können, haben es besonders schwer. Das Nichtbestehen einer Klausur führt nicht selten dazu, dass wir ein ganzes Jahr länger studieren müssen, da durch die Streichung von Dozentenstellen Kurse nur noch jährlich angeboten werden. Ein Jahr, für das wir 1400€ Studiengebühren und Semesterbeitrag zahlen müssen.

Die Proteste der SchülerInnen, Azubis und Studierenden zwingen den Politikern klare Statements zum Thema Bildung ab und trugen sicherlich ihren Teil dazu bei, dass nun SPD und Grüne in der Landesregierung sitzen. Leider ist aus den Wahlversprechen der SPD und der Grünen bislang noch

nichts eingelöst worden. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) spricht davon, dass die Landesregierung die Abschaffung der Studiengebühren verschleppt, für die auch in Bonn in den letzten Jahren Tausende gekämpft haben. Während der Wirtschaftskrise entschieden die Politiker innerhalb weniger Tage, Milliarden in Banken zu „investieren“, die Entscheidung zur Abschaffung der Studiengebühren und einer vernünftigen Finanzierung des Bildungssystems wird weiterhin hinausgezögert.

Gegen Leistungsdruck und Prüfungsstress, gegen die Unterordnung der Bildung unter die Interessen der Wirtschaft, für die sofortige Abschaffung der Studiengebühren bei staatlicher Gegenfinanzierung und die deutliche Aufstockung der Bildungshaushalte, gegen die soziale Auslese in unserem Bildungssystem und für ausreichend Masterplätze wird am 10. November demonstriert.

Auch Schüler und Auszubildende werden hier in Bonn auf die Straße gehen, denn wir haben ähnliche Probleme, wie z.B., dass Lehrmaterial selbst bezahlt werden muss, dass es an gut ausgebildeten Lehrkräften mangelt, dass es an Mitbestimmung sowohl an der Uni als auch in der Schule und Berufsschule mangelt, dass Klassen und Kurse überfüllt sind.

Diese Probleme haben einen gemeinsamen Grund: völlige Unterfinanzierung unseres Bildungssystems.

Wir treffen uns am 10. November um 12 Uhr auf dem Kaiserplatz, denn wer sich nicht wehrt, hat auch keinen Recht zu jammern. Dass wir durch Protest etwas erreichen können,

haben uns die Schüler gezeigt, die so die Abschaffung der Kopfnoten in NRW durchsetzen konnten.

In mehreren Bundesländern ist so auch der Studierendenbewegung die Abschaffung der Studiengebühren gelungen, in anderen Bundesländern wurde die Einführung der Gebühren auf diese Weise gestoppt.

Nach den Besetzungen in 80 deutschen und 100 weiteren europäischen Hochschulen im letzten Winter (wie in Bonn), nach den Bildungstreiks mit hunderttausenden Teilnehmern, demonstrieren jetzt wieder 15.000 Studierende und LehrerInnen in Wien, wo auch schon vor einem Jahr die Besetzungen ihren Anfang genommen hatten.

Lasst uns zeigen, dass wir das auch können!

Bildungstreik AG



Mitarbeiter/innen gesucht

Der AStA sucht Abrufkräfte für gelegentliche kleine Jobs, z.B. Flugblätter verteilen. Die Bezahlung erfolgt nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes/Länder. Für die meisten Arbeiten bedeutet das z. Zt. 9,24 Euro/Stunde. Interessent/inn/en melden sich bitte im AStA-Geschäftszimmer (Zi. 7) oder donnerstags im AStA-Punkt in der Mensa Poppelsdorf.

„Trennst du deinen Müll?“



Yumi, 23, Jura, 10. Semester

Ja ich trenne meinen Müll. Ich weiß zwar, dass es nachher wieder zusammen gewürfelt wird, aber ich mache es aber trotzdem und bin davon überzeugt.



Steffi, 26, Geographie, 8. Semester

Ich trenne den Müll und finde es manchmal sinnvoll. Manchmal jedoch auch nicht, wenn ich dann im Fernsehen sehe, dass es hinterher sowieso wieder zusammen geworfen wird. Ich finde es aber schon praktisch, zum Beispiel Papier und Plastik zu trennen, das kann schon



Hidayat, 24, VWL, 8. Semester

Nein, ich trenne meinen Müll nicht, aus Bequemlichkeitsgründen. Ich wohne alleine und habe keine Lust dazu und fühle mich ganz wohl damit. Ich habe aber eine Dokumentation darüber gesehen und sollte es wohl besser machen.

Der Studibus ein Angebot des AStA für euch!

Es stehen für euch zwei Kleintransporter bereit, die an der Aral-Tankstelle Landsberger Str. 2 in Tannenbusch stationiert sind, erreichbar entweder mit der Buslinie 601 bis Magdeburger Straße, mit der 602 bis Paulusplatz oder mit der Bahn, Linie 18/68 bis Brühler Straße bzw. 16/63 bis Tannenbusch Süd (von dort allerdings 10-12 Minuten Fußweg). Die Miete beträgt 25 Euro für einen halben und 35 Euro für einen ganzen Tag. Zusätzlich kommt noch eine Kilometerpauschale von 25 Cent bis 149 km und 15 Cent ab 150 Kilometer, sowie eine Kraftstoffkostenpauschale von 11-15 Cent hinzu. Die Transporter können unter www.studibus.de gebucht werden. Es gibt auch eine Service-Nr.: 0700-78834287.



Die besten Preise hat:

der AStA-Laden

Nassemensa

12:00 – 14:00*

im 1. Stock

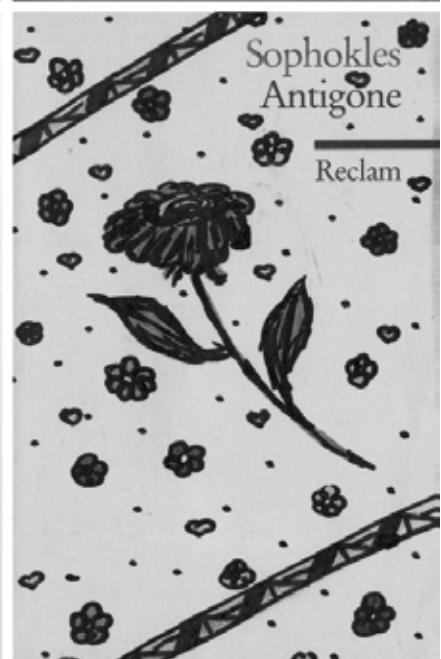
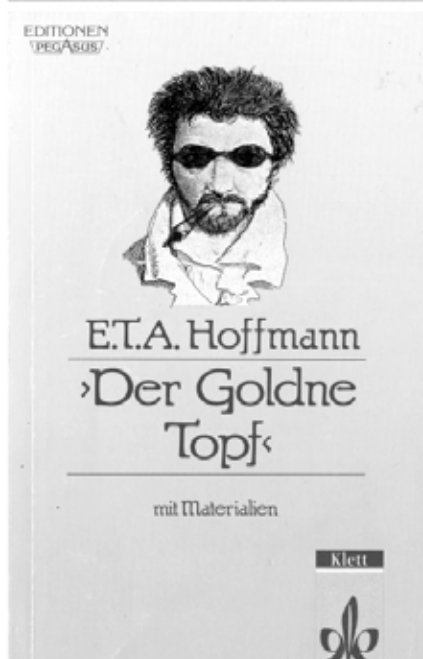
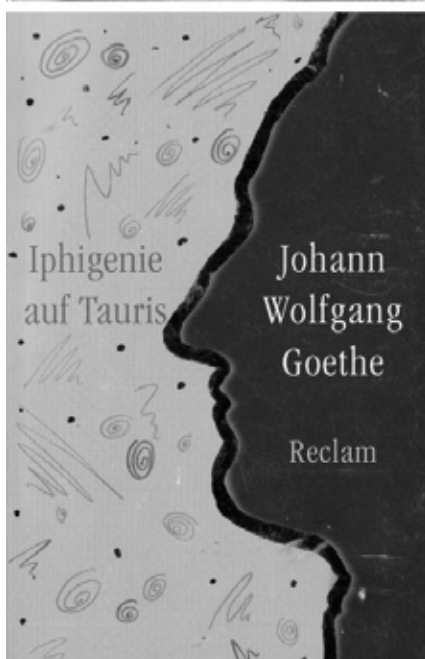
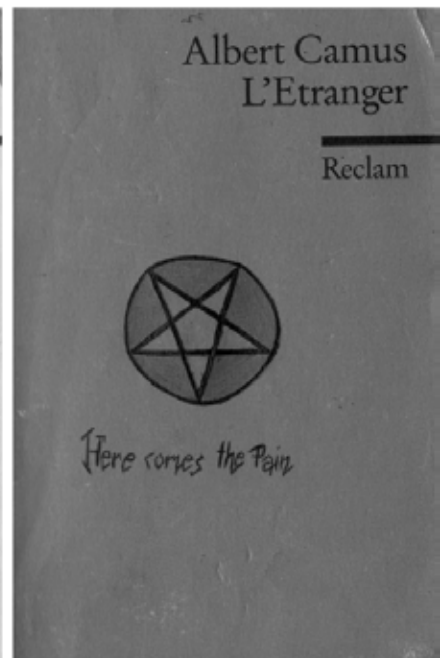
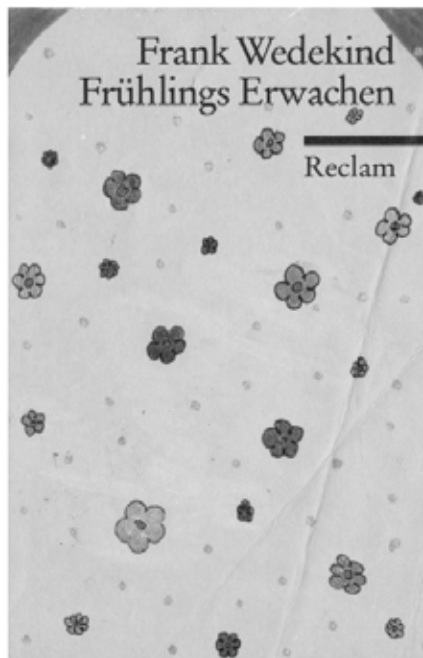
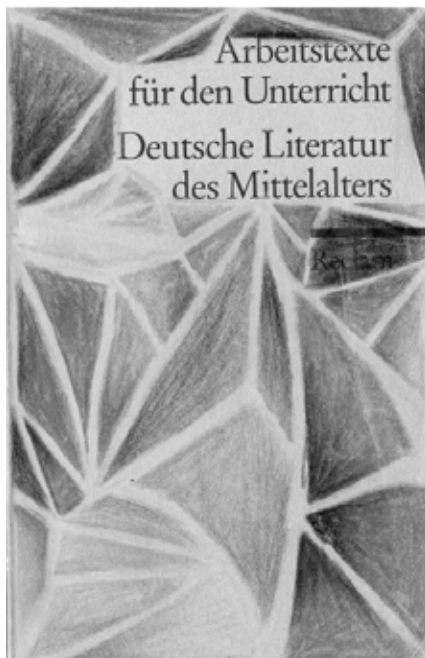
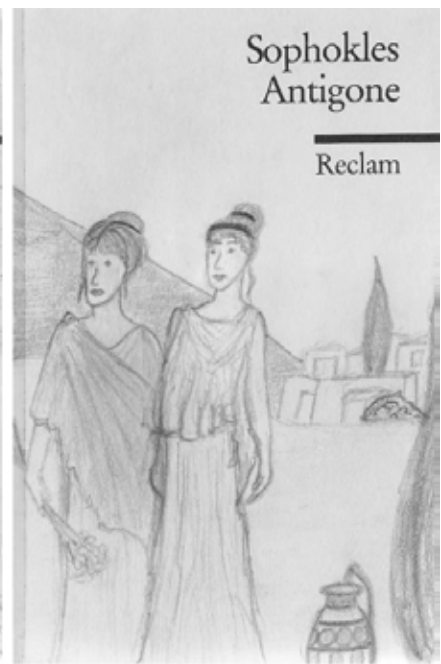
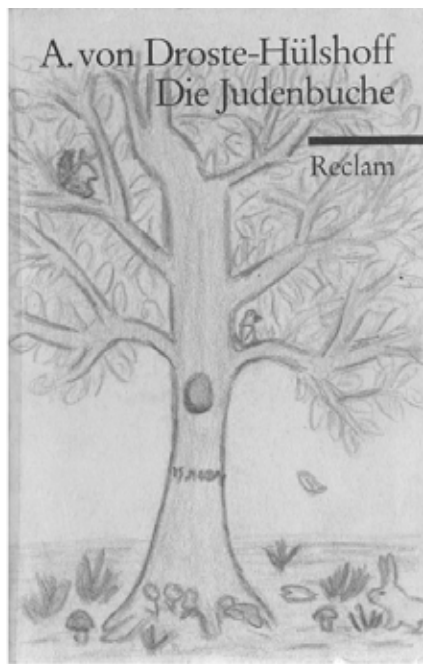
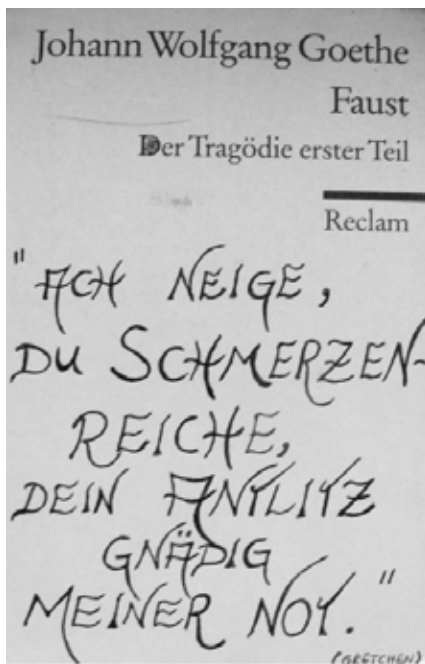
Popmensa

11:45 – 14:00*

im Foyer

* Fr bis 13:45

* Fr bis 13:45



Faszination Amerika - Faszination Europa?

Start des transatlantischen Essay-Wettbewerbs für junge Menschen.

Wirkt die Faszination Amerikas heute noch bei den jungen Generationen in Europa? Interessiert junge Amerikaner überhaupt etwas an europäischer Kultur? Das Goethe-Institut möchte den transatlantischen Dialog unterstützen und fordert junge Erwachsene und Experten aus Deutschland, Frankreich, Polen, Tschechien und den USA heraus, sich Gedanken über die Kultur dies- und jenseits des Atlantiks zu machen.

Vom 19.10. bis zum 10.12.2010 (Einsendeschluss) können 18- bis 25jährige aus den teilnehmenden Ländern Essays in ihrer Muttersprache verfassen und Antworten geben auf die Fragen:

WER verkörpert für Dich die europäische bzw. amerikanische Kultur? WAS daran ist spezifisch europäisch bzw. amerikanisch? WARUM ist es für Dich so wichtig?

Eine Jury wählt pro Land fünf bis sechs Gewinnerbeiträge aus. Die insgesamt 26 Autoren der besten Essays werden zu einem Workshop nach Berlin eingeladen.

„In Berlin haben die Autoren aus fünf Ländern die Gelegenheit, sich darüber auszutauschen, was in ihren Kulturen und den Kulturen der Anderen für sie das Lebendigste, Stärkste und Wichtigste ist. Wir wollen feststellen, wo die Gründe für die Faszination Amerikas liegen und ob die Europäer und Amerikaner das Gleiche an europäischer Kultur schätzen. Wir wollen anregen, sich über die Bilder voneinander auszutauschen“, ergänzt Heike Uhlig vom Goethe-Institut Prag.

Zusätzlich werden zehn Experten aus den Bereichen Philosophie, Journalismus, Wirtschaft und Sozialwissenschaft, u. a. Tomáš Sedláček (Institut für Wirtschaftswissenschaften, Karls-Universität Prag) und Berndt Ostendorf (Amerika-Institut, Universität München), in eigenen Essays ergründen, worin heute die Anziehungskräfte zwischen europäischer Kultur und Amerika bestehen.

Die Essays der 18- bis 25jährigen Autoren

und der Experten werden darüber hinaus auf der Projektwebseite veröffentlicht.

Auf www.goethe.de/faszination finden Sie auch alle weiteren Informationen über den Wettbewerb sowie über die Teilnahmebedingungen.

ČESKÝ ROZHLAS

Das Projekt wird unterstützt von:

Goethe-Institut in Kürze: Das weltweit tätige deutsche Kulturinstitut fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im

Ausland, pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit und vermittelt ein umfassendes Deutschlandbild. In Zeiten neuer globaler Herausforderungen zielt die Arbeit des Goethe-Instituts auf ein vertieftes Verständnis der Kulturen untereinander und auf die Stärkung des Ansehens Deutschlands in der Welt. Derzeit verfügt das Goethe-Institut über 135 Institute in 91 Ländern sowie über 13 Institute in Deutschland.

Das Referat für Ökologie des AStA sucht MitarbeiterInnen

Du willst...

- dich für Umweltschutz, Energiesparmaßnahmen, Ökostrom oder Recycling(papier) an der Uni einsetzen?
 - Vorträge, Filmabende oder Diskussionen organisieren?
 - mehr Bio-Essen, vegetarische Angebote und Fairtrade-Produkte in Mensen und Cafeten?
 - Leute mit spannenden Aktionen vom Fahrrad fahren, Klima schützen oder Müll trennen überzeugen?
- ... das und vieles mehr kannst du im Ökoreferat verwirklichen. Wenn du mitarbeiten willst, schreib eine Email an oeko@asta.uni-bonn.de oder komm Di und Do zwischen 12.30 und 14 Uhr im AStA vorbei.

Ausbau des Uni-Campus Poppelsdorf beginnt

Die ersten vorbereitenden Maßnahmen für den Ausbau des Campus Poppelsdorf der Uni Bonn sollen noch in diesem Jahr beginnen.

Wie die Universität jetzt bekannt gab, sollen in einem ersten Arbeitsschritt rund 115 Bäume auf den ehemaligen Versuchsfeldern der Landwirtschaftlichen Fakultät gefällt werden, um so das Baufeld freizumachen und Platz für die geplante Infrastruktur des Campus zu erhalten. Die betreffenden Bäume wurden zuvor durch einen Baumgutachter für die Fällung freigegeben. Nach Abschluss der Bauarbeiten sind Ersatzpflanzungen geplant.

In den kommenden Jahren sollen auf den ehemaligen „100-jährigen Versuchsfeldern“ der Landwirtschaftlichen Fakultät eine Reihe von Neubauten für Forschung und Lehre entstehen, darunter unter anderem auch drei neue Institutsbauten sowie ein neues Hörsaalgebäude. Mit dem Ausbau des Campus Poppelsdorf will die Uni Bonn langfristig die räumliche Situation der naturwissenschaftlichen Fachbereiche deutlich verbessern.

Tanja Schmidt

Artikel in Zusammenarbeit mit

Bonn-campus 96,8

Uniradio Bonn 96 ACHT



Die 100-jährigen Versuchsfelder der Uni aus der Vogelperspektive

Neuregelung der Rundfunkgebühr

Bei der Gebühreneinzugszentrale - kurz GEZ - treten ab 2013 neue Regelungen in Kraft. Hier findet ihr einen kurzen Überblick:

Hinter der Abkürzung „GEZ“ verbirgt sich die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland mit Sitz in Köln.

Die GEZ zieht vertraglich festgelegte Rundfunkgebühren für Rundfunkempfangsgeräte (Radios, Fernseher etc.) ein. Die Gebühr liegt momentan bei einem Betrag von 17,98 Euro. Da die GEZ des öfteren auf Ablehnung stößt, betreibt sie seit einiger Zeit Werbekampagnen, um eine Anmeldung attraktiv werden zu lassen.

Neuregelung für 2013

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer einigten sich nun darauf, dass ab 2013 die Rundfunkgebühr für alle fällig werden soll. Die Reform sieht vor, dass dann jeder Haushalt und auch jeder Betrieb eine Rundfunkgebühr entrichten muss - ganz unabhängig davon, ob

jemand tatsächlich im Besitz eines TV- oder Radiogerätes ist.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Medien, macht es heutzutage wenig Sinn die Gebühren pro Gerät einzuziehen, da mittlerweile fast alle technischen Geräte empfangsbereit sind.

Mit der Einheitsgebühr für die Haushalte sind alle Nutzungen abgedeckt, so auch für das Handy. Die Gebühr bleibt zunächst auf dem Niveau von 17,98 Euro.

Vorteile für Studis

Auch Studis bleiben von der GEZ nicht verschont. Lediglich BAFöG-Empfänger können einen Antrag auf Befreiung stellen. Eine gute Nachricht hat die Reform nun aber doch.

WG's gelten als ein Haushalt. Die Gebühr wird somit nur einmal erhoben - ganz gleich ob eine Dreier- oder Vierer-WG mehrere TV-Geräte und Computer besitzt.

Laura Reichenbachs

Neue Kindertagesstätte

Studieren mit Kind soll durch die Kindertagesstätte leichter werden.

Die Uni Bonn plant eine Kindertagesstätte. Laut Uni-Sprecher Andreas Archut gibt es an der Uni Bonn einen großen Bedarf an Betreuungsplätzen - besonders für unter Dreijährige. Die Uni will damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern.

Neben den Studierenden mit Kind sei das besonders für Wissenschaftlerinnen eine wesentliche Voraussetzung, nach

einer Baby-Pause in den Beruf zurückzukehren. Bis jetzt können Uni-Angehörige auch die Betreuungsplätze der Stadt nutzen, doch braucht die Uni eine eigene Betreuung mit flexiblen Angeboten.

Jetzt will die Uni Bonn in enger Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk und der Stadt zwischen dem Ulrich-Haberland-Haus und dem Meteorologischen Institut an der Straße „Auf dem Hügel“ eine neue Kindertagesstätte für drei bis vier Gruppen errichten. Somit würden dort 70 bis 80 neue Plätze für die kleinen Jungs und Mädchen geschaffen.

Die Baukosten belaufen sich auf etwa zwei Millionen Euro. Laut Andreas Archut ist die Uni beim Bau auf Zuschüsse des Bundes oder des Landes angewiesen. Um die Kosten decken zu können, versucht die Uni in den Jugendhilfe-Bedarfsplan der Stadt aufgenommen zu werden.

Ein Entwurf eines Architekturbüros liegt bereits vor. Bis zum Bau bedarf es aber noch einiger Entscheidungen.

Sarah Bartkowski

Anwesenheitszeiten im Wintersemester

11. Oktober 2010 bis 4. Februar 2011

#	Referat	Tel. 73-.... Mail ...@asta.uni-bonn.de	Mo	Di	Mi	Do	Fr	
PL	AStA-Laden Popmensa	7016 – popshop@	11 ⁴⁵ -14 ¹⁵	11 ⁴⁵ -14 ¹⁵	11 ⁴⁵ -14 ¹⁵	11 ⁴⁵ -14 ¹⁵	11 ⁴⁵ -14 ¹⁵	PL
PP	AStA-Punkt Popmensa	9482	—	10 ⁰⁰ -12 ⁰⁰ Rechtsber. 12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ Gleichstellung	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ Sozialber.	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ GZ	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ LBST	
2	Frauen und Gleichstellung	7044 – gleichstellung@	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ *	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ *	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ *	—	—	* und nach Vereinbarung
4	Fachschaften	7042 – fsen@	17 ⁰⁰ -19 ⁰⁰	17 ⁰⁰ -19 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	10 ⁴⁵ -12 ⁴⁵	12 ¹⁵ -14 ¹⁵	FK: Mo. 19 ⁰⁵ im Fritz-Tillmann-Zimmer
5	Sekretariat	7030 – info@	11 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	11 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	11 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	11 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	11 ⁰⁰ -13 ⁴⁵	Beglaubigungen 11 ⁰⁰ -12 ⁰⁰
6	Basta, Öffentlichkeitsarbeit	7032 – basta@	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	E-mail: basta@asta.uni-bonn.de
6	Ökologie	60015 – oeko@	—	—	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	
6	Pressesprech.	7032 – presse@	—	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	—	
6	Politische Bildung	7032 – polbil@	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	—	—	
7	Geschäftszimmer	7036 – orga@	10 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	10 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	10 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	10 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	10 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	Mittagspause 14 ⁰⁰ -14 ³⁰ , Fr 13 ⁴⁵ -14 ¹⁵
8	Vorsitz	7037 – vorsitz@	13 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	13 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -16 ⁰⁰	13 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	13 ⁰⁰ -16 ⁰⁰	und nach Vereinbarung
8	Projektstelle AStA-Laden	7037 – proladen@	—	14 ³⁰ -15 ³⁰	—	—	—	
9	HoPo	7033 – hopo@	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	10 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	
9	Studiengeb.-Beratung	7033 – studegeb@	—	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	
9	AKUT	7033 – akut@	—	—	—	—	—	
11	LBST	7041 – lbst@ schwule@	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	
11	Tell-mom-Beratung	7041 – tellmom@	—	—	—	—	11 ⁰⁰ -12 ⁰⁰ *	* und nach Vereinbarung
11	Transgender-Beratung	7041 – tellmom@	—	12 ⁰⁰ -13 ⁰⁰ *	—	—	—	* und nach Vereinbarung
12	Sport	7045 – sport@	16 ³⁰ -18 ³⁰	16 ³⁰ -18 ³⁰	16 ³⁰ -18 ³⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	
13	Finanzen	7031 – finanzen@	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	
14	Kultur	7039 – kultur@	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	
14	AusländerInnen	7040 – ausk@	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	
14	Auslandsstudienberatung	7040 – internat@	—	—	—	—	12 ⁰⁰ -13 ⁰⁰	
15	Soziales	7034 – soz@	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ auch in Poppelsdorf	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	Beglaubigungen 12 ⁰⁰ -13 ⁰⁰ nur in der Nassestr.
15	Psych.-soz.Beratung: PSD	7043 – psb@	—	15 ³⁰ -17 ³⁰ *	—	10 ⁰⁰ -12 ⁰⁰ *	—	* und nach Vereinbarung
15	soz./pol. Engagement	7043 – soz@	14 ⁰⁰ -15 ⁰⁰	—	—	—	—	
16	Computer-Beratung	9642 – fl@	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	—	
16	Semesterticket-Beauftragter	9642 – mobil@	—	—	11 ⁴⁵ -13 ⁴⁵	—	—	
BZ	BaföG-Beratung	5874 – baföeg@	—	—	13 ³⁰ -16 ¹⁵	10 ⁰⁰ -13 ³⁰	—	
BZ	Hilfsfonds (Darlehenskasse SP)	5874 – hifo@	10 ³⁰ -12 ⁰⁰	—	—	—	—	
BZ	Rechtsberatung	5874 – recht@	—	10 ⁰⁰ -12 ⁰⁰ Poppelsdorf	10 ⁰⁰ -13 ⁰⁰	13 ³⁰ -16 ³⁰	—	
BZ	Semesterticket-Rückerstattung	5874 – stre@	14 ⁰⁰ -16 ⁰⁰	—	—	—	—	Anträge können im Sekretariat oder Geschäftszimmer abgegeben werden
BZ	Stud. m. Behinderung (bocks)	5874 – bocks@	—	—	—	—	—	nach Vereinbarung (Mail)
BZ	Studieren mit Kind	5874 – smk@	—	11 ⁰⁰ -13 ⁰⁰ *	—	—	—	jeden 1. Di. im Monat 10 ⁰⁰ -12 ⁰⁰ KiTa-Treffen, Heinrich-v.-Stephan-Str. 3, dafür keine Sprechstunde in der Nassestraße

BZ=Beratungszimmer, PL=Poppelsdorf Laden, PP=Poppelsdorf AStA-Punkt

Dienstag, 9.11.**18:00 Uhr: Chronologie der 00er-Jahre**

Vortrag zur Veranstaltungswoche: „Studienproteste von 1968 bis heute“. Über Studiengebühren, Freie Bildung, Bildungsstreik. Vortrag und Diskussion mit Josha Nitzsche, Simon Ernst und Timo Duile.

Veranstaltet von der Bildungsstreik AG

Hauptgebäude, Hörsaal 17

19:00 Uhr: Über den eigenen Tellerrand hinaus

Auftaktveranstaltung des Projekts „Zukunft der Ernährung“. Experten aus Wissenschaft, Recht und NGOs diskutieren drängende Zukunftsfragen einer nachhaltigen und friedlichen Welternährung. Infos unter www.zukunftderernahrung.org

Veranstaltet von der VdW in Kooperation mit eed, dem Ökologiereferat u.a.

Universitätsclub Bonn, Konviktr. 9

19:30 Uhr: Pop und Politik? Popfeminismus

Podiumsdiskussion mit Melanie Trommer & Kerstin Grether, Moderation Melanie Stitz. Popfeminismus – Ist Popfeminismus eine Bewegung, und wenn ja, wer sind die Akteurinnen und was sind ihre Themen? Seit 2006 wird von Charlotte Roche und den Alphamädchen über Thea Dom und Sylvana Koch-Mehrin alles in einen Topf geworfen, was Frau und unter 40 ist.

Veranstaltet vom Referat für Frauen- und Gleichstellung.

Frauenmuseum, Im Krausfeld 10

Mittwoch, 10.11.**12:00 Uhr: Bildungsstreik-Demonstration**

Kaiserplatz Bonn

Freitag, 12.11.**20:00 Uhr: Der Sarrazin-Komplex**

Warum die Kritiker Sarrazins im Unrecht und seine Thesen trotzdem verkehrt sind. Vortrag und Diskussion mit Justus Wertmüller.

Veranstaltet vom Referat für Politische Bildung. Eintritt frei.

Hauptgebäude, Hörsaal 17

Samstag, 13.11.**22:00 Uhr: Don't Tell Mom!**

Die lesbischwule Party in Bonn mit DJ Ralf Rotterdam. Eintritt: 4 Euro

Veranstaltet vom LesBiSchwulen und Transgenderreferat im ASTA.

Brotfabrik, Beuel

Dienstag, 16.11.**19:00 Uhr: (Klima)Wandel in NRW**

Vom Kohlesaurier zum Vorreiter in Sachen Klimaschutz? Ein Vortrag von Dirk Jansen, Diplom-Geograph und Geschäftsleiter des BUND-Landesverbands NRW.

Veranstaltet im Rahmen der Energie- und Klimapolitischen Vortragsreihe von Ökologiereferat, AntiAtomBonn, BUND Bonn, Greenpeace Bonn und Ökologiezentrum Bonn.

Hauptgebäude, Hörsaal 17

19:30 Uhr: „make/shift recLAmation“

Infos unter: www.makeshiftreclamation.com / www.riot-skirts.de

Veranstaltet vom Referat für Frauen- und Gleichstellung

Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205

Dienstag, 16.11.**20:00 Uhr: Länderabend Polen**

Deutsch-Polnisches-Kennenlernen für Studierende mit polnischem Essen, aktueller Musik mit dem deutschen Komiker Steffen Müller. Veranstaltet von der Katholischen Hochschulgemeinde Bonn.

Café der KHG Bonn

20:00 Uhr: Filmabend – Sex: The Revolution

Die Siebziger-Jahre - Hochzeit der sexuellen Revolution in Amerika. Regie: Hart Perry und Dana Heinz Perry. Veranstaltet vom Referat für Frauen- und Gleichstellung.

Hauptgebäude, HS III

Donnerstag, 18.11.**19:00 Uhr: Länderabend Türkei**

Im International Office kann man die überraschende Vielfaltigkeit der Türkei kennenlernen. Deutsche und internationale Studierende können das Wesen und die Kultur des Landes erkunden, orientalische Köstlichkeiten genießen und den Abend mit türkischen Studenten verbringen. Veranstaltet vom International Office,

International Office, Poppelsdorfer Allee 53

Freitag, 19.11.**17:00 Uhr: Forum Beruf Deutsch-Italienische Studien**

Mit anschließender Gelegenheit zum gemütlichen Gedankenaustausch. Veranstaltet vom Alumni-Netzwerk.

Hauptgebäude, HS VII

Samstag, 20.11.**11:00 Uhr: Freiräumen**

Eine Veranstaltung im Bus mit dem Gesprächsthema Raum.

Einstieg jederzeit möglich. Infos unter www.kult41busreisen.wordpress.com.

Unterstützt vom Referat für Frauen- und Gleichstellung

Kult 41, Hochstadenring 41,

Dienstag, 22.11.**16:00 Uhr: Informationsveranstaltung Praktikum im Ausland**

Veranstaltet vom International Office

Hauptgebäude, Hörsaal VIII

Dienstag, 23.11.**19:30 Uhr: Filmabend - Tankgirl**

„Tank Girl“ ist ein US Science-Fiction-Actionfilm aus dem Jahr 1995 von Rachel Taladay. Tank Girl Rebecca führt einen Guerillakrieg nach einem Meteoriteneinschlag im Jahr 2033.

Veranstaltet vom Referat für Frauen- und Gleichstellung.

Hauptgebäude, HS III

Mittwoch, 24.11.**18:00 Uhr: Forum Beruf Mathematik**

Veranstaltet vom Alumni-Netzwerk der Uni Bonn.

Mathematisches Institut, Wegelerstraße 10, großer HS